

Gewerkschaftstag 2025

Seite 4-7

Rechtspfleger = Geschäftsleiter

Seite 8

Justizmanagement

Seite 9

Justiz-Haushalt

Seite 10





Starke Stimmen für eine starke Justiz	4
Wahlen, Wirbel, Wohlfühl-Atmosphäre	6
Der DJG-Gewerkschaftstag in Bestform	6
Rechtspfleger = Geschäftsleiter?	8
Justizmanagement & Führung	9
Milliarden für alle - außer für Gerechtigkeit	10
Wenn Wertschätzung zur Verschiebungsmasse wird	11
Koalitionsvertrag: Abschaffung der 8 Stundenwoche	13
Beamte in die Rentenversicherung?	14
Tarifpolitik trifft Tradition – BTK-Tagung in Eisenach	15
Austausch über Ausbildung und Digitalisierung	16
BJA mit Weichenstellung für die Zukunft	17
Grußwort-Gate	18

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



normalerweise beginnt ein Editorial mit einer dieser wohlvertrauten Phrasen: „Wir blicken auf bewegte Wochen zurück“ oder „Noch nie war die Justiz so gefordert wie heute.“ Aber ganz ehrlich – wie oft haben Sie das schon gelesen? Und wie oft haben Sie sich gedacht: Joa, stimmt. Und weiter?

Deshalb machen wir es dieses Mal anders.

Stellen Sie sich vor, Sie gehen morgens zur Arbeit, werden mit einem System aus dem Jahr 2006 begrüßt, jonglieren mit Gesetzen, Aktenbergen, Personallücken und einem Terminkalender, der aussieht wie ein Tetris-Spiel auf höchstem Level. Dann kommt die Nachricht: Die Besoldungserhöhung kommt – aber erst, wenn Sie dreimal mit

den Augen zwinkern, einen Handstand machen und auf einem Bein durch den Flur hüpfen ...

Und trotzdem machen Sie weiter, weil Sie wissen: Gerechtigkeit passiert nicht von allein. Sondern durch Menschen wie Sie.

Wir haben versucht, genau das einzufangen: Nicht nur die Fakten, Zahlen und Zitate des Gewerkschaftstags – sondern das, was zwischen den Zeilen mitschwingt. Den Stolz auf den Beruf. Den Frust über politische Entscheidungen, bei denen die Justiz oft nur am Rand mitgedacht wird. Die Hoffnung, dass Führung mehr bedeutet als ein Titel. Und dem Humor, der inmitten des ‚Grußwort-Gates‘ nicht laut lachte, sondern leise grinste – wie ein Protokollführer, der längst weiß, wie das endet.

Also ja, dieses Editorial ist anders. Vielleicht ein bisschen frecher, ehrlicher – und näher an dem, was viele denken, aber selten schreiben.

Danke, dass Sie lesen. Noch mehr: Danke, dass Sie tun.

Mit kollegialen Grüßen

Ihre/Eure Landesvorsitzenden

Erwin Schmidt und Silke Gölzenleuchter

Starke Stimmen für eine starke Justiz

DJG-Gewerkschaftstag Hessen 2025 – zwischen E-Akte, KI und dem Herzstück der Ausbildung

Am 8. und 9. April 2025 fand der Gewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), Landesverband Hessen e.V., in Bad Vilbel statt.

Zwei Tage lang drehte sich alles um die Zukunft der Justiz, ihre aktuellen Herausforderungen und die Menschen, die täglich für Recht und Ordnung sorgen – trotz wachsender Belastungen, personeller Engpässe und technischer Umbrüche. Highlight am zweiten Tag: eine Feierstunde mit Top-Gästen aus Politik und Verwaltung.

Grußworte mit klarer Botschaft



Justizminister Christian Heinz stellte sich in seinem Grußwort offen den Problemen der Digitalisierung: „Ich weiß, viele von Ihnen erleben aktuell ein Tal der Tränen – aber ich bin überzeugt: Am Ende wird alles gut.“ Mit Blick auf die Einführung der E-Akte versicherte er den Anwesenden seine volle Unterstützung: „Seien Sie versichert, dass ich mich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen werde, die hessische Justiz zu stärken.“

Die Zusammenarbeit mit der DJG bezeichnete er als verlässliche Stütze auf diesem Weg.

Deutliche Worte fand auch Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen. Die Verschiebung der Besoldungserhöhung habe das Vertrauen vieler Beamtinnen und Beamter erschüttert. „Auch die gerichtlich festgestellte amtsangemessene Alimentation wurde bislang nicht umgesetzt. Das zeigen auch die über 60 anhängigen Klagen in Karlsruhe“, so Schmitt.



Ganz anders der Ton von Sebastian Wysocki, Bürgermeister von Bad Vilbel. Er zeigte sich stolz darüber, dass seine Stadt Sitz der IT-Stelle der hessischen Justiz ist: „Bad Vilbel ist stolz darauf, dass das Land Hessen unsere Stadt als Standort für sein Herzstück ausgewählt hat.“

Klartext auf dem Podium



Im Anschluss an die Grußworte diskutierte ein prominent besetztes Podium über die Zukunft der Justiz. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Emanuel Schmidt, dem früheren Bundesvorsitzenden der DJG.

Frank Schmid, Leiter des Personalreferats am Oberlandesgericht Frankfurt, betonte: „Es ist mein Herzenswunsch, dass die Justiz mit ausreichend Personal ausgestattet wird – und dass dieses auch die Möglichkeit bekommt, sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln.“ Die Einführung von Künstlicher Intelligenz (KI) solle dabei nicht als Ersatz, sondern als unterstützendes Werkzeug verstanden werden.



Frank Richter, Präsident des Landgerichts Hanau, teilte diese Einschätzung: „KI wird eine Chance sein, aber sie wird den Menschen nicht ersetzen.“ Die Justiz müsse offen für neue Entwicklungen bleiben – mit ausreichend Personal und dem Mut zur Veränderung.

Ein besonders leidenschaftliches Plädoyer für die Ausbildung kam von Uschi Moos, Ausbildungsleiterin am Amtsgericht Gießen: „Unsere Auszubildenden sind die Kolleginnen und Kollegen von morgen. Wir müssen die Ausbildung aufwerten – nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem qualitativ.“ Es bringe wenig, wenn Auszubildende und Anwärter die Prüfung nicht bestehen – Qualität müsse vor Quantität stehen.

Auch Anke Haas, Leiterin des Aus- und Fortbildungsreferates am Oberlandesgericht Frankfurt, stellte den Teamgeist in den Mittelpunkt: „Die Justiz ist eine große Familie. Wir müssen daran arbeiten, dass jeder Mitarbeiter stolz ist, dieser Familie anzugehören.“



Ein klares Bekenntnis

Zum Abschluss der Diskussion brachte der frühere DJG-Bundesvorsitzende Emanuel Schmidt, das zentrale Thema des Gewerkschaftstags noch einmal auf den Punkt: „Justizjobs – ein Auslaufmodell?“ Seine Antwort war eindeutig: „Ganz klar: Die Justizjobs sind kein Auslaufmodell!“

Fazit: Zwischen Wandel und Wertschätzung

Der DJG-Gewerkschaftstag 2025 war mehr als eine Standortbestimmung – er war ein lebendiger Beweis für das Engagement, die Kompetenz und die Leidenschaft der Menschen in der Justiz.

In Zeiten des Wandels braucht es klare Worte, mutige Entscheidungen – und vor allem eines: Menschen, die mit Herz und Verstand für eine starke, moderne und gerechte Justiz eintreten. Die Anforderungen mögen groß sein – aber die Begeisterung, mit der sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gewerkschaftstags für ihre Sache einsetzen, macht Mut für die Zukunft.



Wahlen, Wirbel, Wohlfühl-Atmosphäre - Der DJG-Gewerkschaftstag in Bestform

Zwischen Satzung und Spaß: Zwei Tage gelebte Demokratie mit Herz und Humor

Was passiert, wenn engagierte Justizbeschäftigte aus ganz Hessen zusammenkommen, um über die Zukunft ihrer Gewerkschaft zu entscheiden? Richtig – dann wird diskutiert, debattiert, gelacht, gewählt, vielleicht ein bisschen geschnauft... und am Ende gemeinsam gefeiert. Der DJG-Gewerkschaftstag 2025 in Bad Vilbel zeigte eindrucksvoll, wie lebendige Gewerkschaftsarbeit heute geht: mit Substanz, Zusammenhalt – und überraschenden Geschenken.

Von der Satzung bis zur Schatzmeisterwahl – Demokratie in Reinform

Der erste Tag begann traditionsgemäß mit der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Nach einem



kurzen organisatorischen Warm-up ging es direkt ans Eingemachte: Die Änderung der Satzung wurde beschlossen – ein Schritt, der auf dem Papier trocken klingen mag, in Wirklichkeit aber die Weichen für eine modernere, flexiblere Verbandsarbeit stellt. Mit anderen Worten:

Weniger Bürokratie, mehr Bewegung!

Im Anschluss wurde der alte Landesvorstand entlastet – was weder mit Schulden noch mit Drama zu tun hatte, sondern vielmehr mit dem Vertrauen und der Anerkennung für eine engagierte Amtszeit.

Und dann war es Zeit für den demokratischen Urakt schlechthin: die Neuwahlen. Mit ruhiger Hand, klarer Stimme und bewährtem Prozedere führten Stefan Thannheiser, Catja Margolf und Liliana Perricone als Wahlvorstand durch die Wahlen. Es wurden folgende Mitglieder in den neuen Landesvorstand gewählt:

- 1. Landesvorsitzender: Erwin Schmidt
- 2. Landesvorsitzende: Silke Gölzenleuchter
- Stv. Landesvorsitzender für Beamtenpolitik: Thomas Laux
- Stv. Landesvorsitzender für Tarifpolitik: Marcel Kirchrath
- Stv. Landesvorsitzende: Manuela Schwarz
- Landesschatzmeisterin: Petra Mauler
- Stv. Landesschatzmeister: Salvatore Giampapa

Ein Team, das für Erfahrung, frische Ideen und echte Hands-on-Mentalität steht – oder wie man im Rhein-Main-Gebiet sagen würde: „Das läuft!“



Antragsflut? Nein. Richtungsweisende Navigation!

Nach der Wahl war aber längst nicht Schluss – zahlreiche Anträge wurden diskutiert und beschlossen. Hier wurde deutlich: Die DJG ist keine Schönwetter-Gewerkschaft, sondern eine echte Mitmach-Bewegung. Ob Arbeitsbedingungen, Ausbildung oder Digitalisierung – die Weichen wurden für eine starke, zukunfts-

orientierte Gewerkschaftsarbeit gestellt. Manch einer wünschte sich in dem Moment eine Kaffeemaschine im Saal, aber der Eifer aller Beteiligten hielt sich auch ohne Koffein auf bemerkenswertem Niveau.

Kreativ, kurios, karitativ – der Abend mit der „Wundertüten-Versteigerung“

Am Abend wartete dann eine ganz besondere Überraschung: Statt der klassischen Abendgala mit Buffet und Band – dieses Jahr ein bewusst einfaches, aber nicht weniger denkwürdiges Programm. Der Landesvorstand hatte alle Teilnehmenden zuvor gebeten, einen intakten, aber nicht mehr benötigten Gegenstand in eine neutrale Verpackung zu hüllen.

Was dann folgte, war eine Versteigerung der besonderen Art – geleitet vom „alten“ und neuen Landesvorsitzenden Erwin Schmidt persönlich, mit einer Mischung aus Auktionator, Entertainer und Impro-Kabarettist.

Die Päckchen waren mysteriös, die Gebote teilweise mutig („Was, wenn es koffeinfreier Kaffee ist? Was, wenn es KEINE Kaffeemaschine ist?“), und die Reaktionen auf die enthüllten Schätze reichten von freudiger Überraschung bis zu herzhaftem Gelächter. Wer hätte gedacht, dass ein altes Weinregal, eine Sammeltasse und eine DVD mit dem Titel: „Das Superweib“ so viel Begeisterung auslösen können?

Der Clou: Der gesamte Erlös der Versteigerung wird einer gemeinnützigen Einrichtung zur Verfügung gestellt – wohin genau das Geld geht, wird zu gegebener Zeit bekanntgegeben.

Eines steht aber jetzt schon fest: Der Abend war ein voller Erfolg, in jeder Hinsicht. Humor, Herz und Hilfsbereitschaft – die DJG lebt, was sie vertritt.



Gemeinsam stark, auch mit Überraschungsei-Faktor

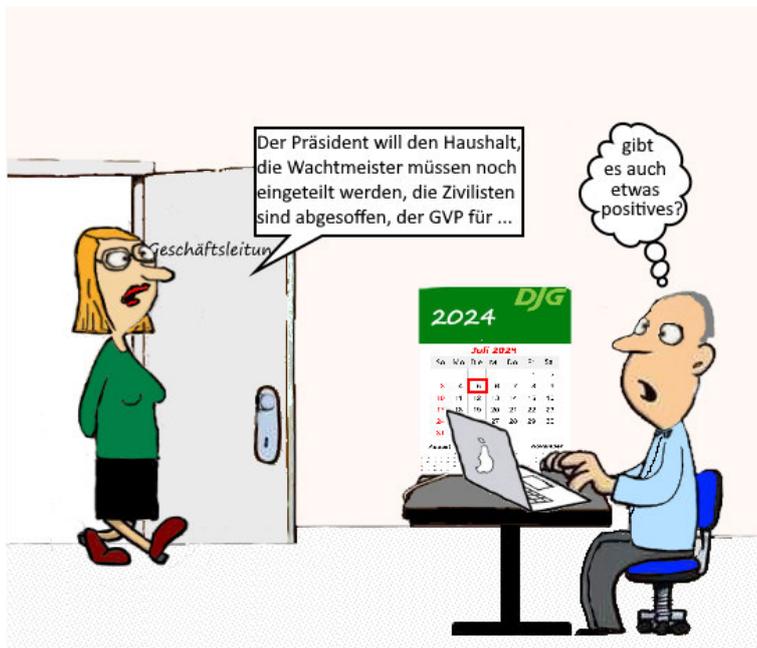
Der Gewerkschaftstag 2025 war mehr als nur ein Pflichttermin im Kalender der Justizwelt. Er war ein tatkräftiges Zeugnis gelebter Demokratie, Gemeinschaftsgeist und echtem Zusammenhalt – mit ernsthaften Diskussionen, klaren Entscheidungen und einer gehörigen Portion Selbstironie.

Wer dabei war, ging nicht nur mit neuen Impulsen, sondern auch mit einem Lächeln (und vielleicht einem neuen Gläserset) nach Hause.

Rechtspfleger = Geschäftsleiter?

Natürlich kennen sich Rechtspfleger im Recht bestens aus. Doch ob jemand ein guter Rechtspfleger ist, sagt nicht automatisch etwas darüber aus, ob er auch ein guter Geschäftsleiter wäre. Das hängt von ganz anderen Dingen ab – wie Erfahrung, Führungstalent oder sogar unternehmerischem Denken.

Rechtspfleger durchlaufen eine intensive, spezialisierte Ausbildung, die sie zu Experten in Rechtsangelegenheiten und Verwaltungsprozessen macht. Sie sind mit gesetzlichen Regelungen, Verfahrensvorschriften und der praktischen Anwendung des Rechts bestens vertraut. Diese Fähigkeiten machen sie zu unverzichtbaren Akteuren in der Justiz, wo sie präzise und sachkundige Entscheidungen innerhalb des rechtlichen Rahmens treffen.



Im Gegensatz dazu erfordert die Rolle eines Geschäftsleiters eine breitere Palette an Fähigkeiten und Erfahrungen. Neben fundierten Kenntnissen in Betriebswirtschaft und Management benötigen Geschäftsleiter vor allem Fähigkeiten in Menschenführung, Kommunikation, Finanzmanagement und strategischer Planung. Geschäftsleiter müssen in der Lage sein, Teams zu motivieren, komplexe Probleme zu lösen und langfristige Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Geschäftsleiter müssen ein breiteres Spektrum an Herausforderungen meistern, die über die reine Verwaltung und Rechtsanwendung hinausgehen. Sie

müssen oft schwierige Entscheidungen unter Unsicherheit treffen, Mitarbeiter führen und motivieren, Finanzen managen und Personaleinsätze strategisch entwickeln. All diese Aufgaben erfordern nicht nur fachliches Wissen, sondern auch emotionale Intelligenz und Kommunikationsfähigkeiten.

Um erfolgreich als Geschäftsleiter zu agieren, reicht aus Sicht der DJG die juristische Ausbildung eines Rechtspflegers allein nicht aus. Es bedarf zusätzlicher Qualifikationen in Management und Führung, die beispielsweise in dem Weiterbildungsstudiengang "Justizmanagement" vermittelt werden.

Obwohl dieses Aufbaustudium auch Beamten des mittleren Dienstes offen steht, finden wir in diesem meist nur Rechtspfleger, aber warum ist das so? In der Ausschreibung findet sich die Antwort: "... Bei vergleichbarer Berufserfahrung in der Ausübung von Verwaltungstätigkeiten (z.B. stellvertretende Geschäftsleitung) können sich auch Beamt*innen des mittleren Dienstes melden ...". Und genau darin liegt der Hase im Pfeffer, es ist leider eher unüblich Beamte des mittleren Dienstes mit dem Posten eines stv. Geschäftsleiters zu betrauen - meist werden auch diese Posten von Rechtspflegern besetzt.

Die DJG vertritt die Auffassung, dass juristische Fachkenntnis allein nicht ausreicht. Erst Führungsstärke, Weitblick und wirtschaftliches Know-how qualifizieren für den Job – und das sollte keine Frage der Dienstbezeichnung sein.

Justizmanagement & Führung - Zugang öffnen, Führung neu denken



In der Diskussion um moderne Führungskultur und Chancengleichheit in der Justizverwaltung will die DJG das „Aufbaustudium Justizmanagement“ in den Fokus rücken. Zwar ist dieser Qualifizierungsweg auch den Beamten des mittleren Dienstes geöffnet, aber am begehrten Aufbaustudium „Justizmanagement“ dürfen nur diejenigen teilnehmen, die bereits eine sogenannte Führungsfunktion innehaben, etwa als stellvertretender Geschäftsleiter/in. Das Problem: Wer nie die Chance bekommt, als „Führungskraft auf Probe“ zu agieren, hat kaum eine Chance auf den nächsten Schritt. Wir sind der Meinung: Führung darf kein exklusiver Club bleiben.

Das Problem beginnt aus unserer Sicht bereits mit einem grundlegenden Missverständnis: ‚Führung‘ wird in der Justiz viel zu formal verstanden – etwa über die Dienstbezeichnung – und zu selten anhand tatsächlichen Verhaltens, von Einsatzbereitschaft oder Potenzial definiert. Dadurch bleibt der Zugang zu Fördermaßnahmen, Fortbildungen und gezielter Karriereentwicklung einem kleinen Kreis vorbehalten, während viele geeignete Kandidatinnen und Kandidaten außen vor bleiben.

Wer in der Justiz führt, hat selten Zeit, tatsächlich zu führen. Statt Teamgespräche oder Personalentwicklung stehen Tagesgeschäft, Verwaltung und Aktenberge im Mittelpunkt. Führungskräfte sind häufig überladen mit Sachaufgaben – und verlieren so genau das aus dem Blick, was eigentlich ihre Kernaufgabe sein sollte: Menschen weiterbringen. Wer nicht führt, erkennt auch keine Talente. Und wer keine Talente erkennt, fördert auch keine. Dabei wäre genau das ihre zentrale Aufgabe: Talente erkennen, Mitarbeitende weiterentwickeln, Rahmenbedingungen schaffen, in denen Leistung möglich und sichtbar wird.

Führungsverantwortung sichtbar machen – auch im Homeoffice

Die Justiz steht – wie viele andere Bereiche – vor der Aufgabe, Führung neu zu denken. Die Führungskultur der Justiz wirkt oft wie aus der analogen Zeit gefallen: Präsenz ist gleich Leistung, Sichtbarkeit entscheidet. In Zeiten von Homeoffice, digitaler Kommunikation und flexibler Arbeitszeitmodelle stellt sich die Frage: Wie gelingt gute Führung auf Distanz? Wie werden Mitarbeitende einbezogen, motiviert und unterstützt, wenn direkte Präsenz wegfällt?



Hier braucht es klare Antworten, konkrete Konzepte und Fortbildungen, die Führungskräfte auf diese Realität vorbereiten. Gleichzeitig müssen diese Fortbildungen auch zugänglich sein – nicht nur für bereits ernannte Leitungspersonen, sondern auch für diejenigen, die sich aktiv entwickeln wollen. Das betrifft nicht nur Beamte, sondern ausdrücklich auch Tarifbeschäftigte, die häufig mit viel Fachwissen und Engagement *den Laden schmeißen*.

Mehr Mut zur Entwicklung und ein Appell

Ein modernes Justizmanagement kann sich nicht nur auf Titel und formale Hierarchien stützen. Es braucht eine echte Entwicklungskultur. Talente müssen gesichtet und gefördert werden – unabhängig vom Status. Dafür müssen Fortbildungsangebote, wie das Aufbaustudium Justizmanagement, umfassend geöffnet werden: für Mitarbeitende mit Potenzial, nicht nur mit Titel. Und es braucht ein Umdenken bei Führung: weniger Verwaltungsroutine, sondern mehr menschliche Begleitung.

Nur so kann die Justiz zukunftsfähig bleiben – und ihre besten Leute nicht übersehen.

Milliarden für alle - außer für Gerechtigkeit

Was der Haushalt 2025 über Hessens Prioritäten verrät

Mitarbeiter im Limit, Gerichte technisch im letzten Jahrzehnt – Hessens Justiz kämpft mit veralteten Strukturen und klammen Kassen. Und das, obwohl sie immer teurer wird. Wie passt das zusammen?

Ein Ressort im Schatten

Stellen Sie sich vor, Sie sollen ein marodes Haus renovieren, neue Technik einbauen und gleichzeitig mehr Gäste unterbringen – und bekommen dafür jedes Jahr nur ein paar Euro mehr. Genau so fühlt sich die hessische Justiz.

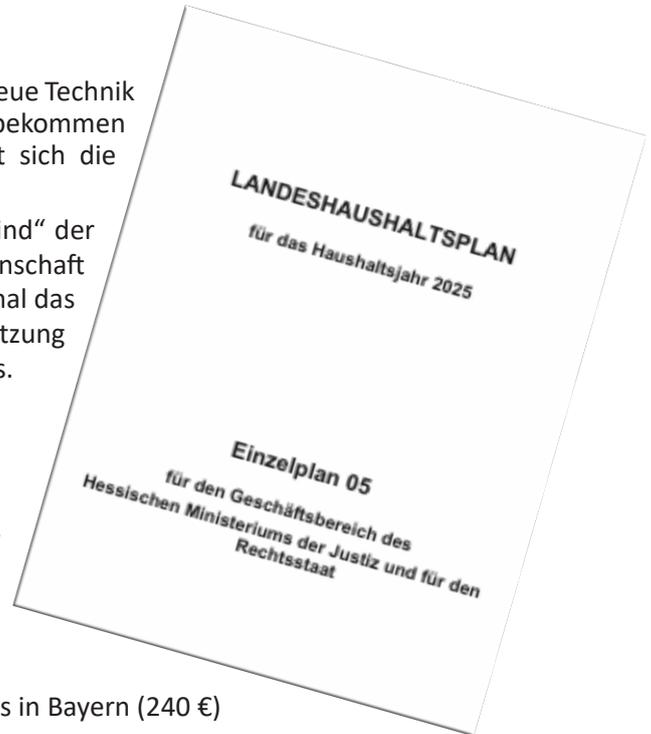
Obwohl ihre Aufgaben wachsen, bleibt sie das „sparsame Kind“ der Landesregierung. Während Polizei, Soziales oder Wissenschaft Milliardenzuwächse verbuchen, bekommt die Justiz gerade mal das Nötigste. Dabei geht es um nichts weniger als die Durchsetzung von Recht und Gesetz – also um das Rückgrat unseres Staates.

Wenig Geld, viele Baustellen

1,4 Milliarden Euro für Justiz – klingt viel? Ist es nicht.

- Das entspricht gerade einmal 3,2 % des Landeshaushalts.
- Zum Vergleich: Die Polizei bekommt 3,5 Milliarden Euro, Soziales sogar 8 Milliarden.
- Selbst Kunst & Wissenschaft (4,5 Mrd.) wird stärker gefördert.

Pro Kopf sind das für die Justiz nur 220 € im Jahr – weniger als in Bayern (240 €) oder NRW (270 €).



Wohin fließt das Geld überhaupt?

Wer jetzt denkt: "Die Justiz hat es eben nicht nötig" – weit gefehlt. Die Mittel sind längst verplant – und reichen trotzdem nicht:

1. Gefängnisse verschlingen 75 % des Budgets. Gründe: mehr Insassen, strengere Sicherheitsregeln, alte Gebäude mit Sanierungsbedarf.
2. Digitalisierung? Fehlanzeige. Nur 38 Millionen Euro sind für IT eingeplant – das reicht hinten und vorne nicht für moderne Verfahren.
3. Personalnot: Zwar gibt es 151 neue Stellen, aber die Besetzung dauert und der Bedarf wächst schneller. Die Ironie: Obwohl man spart, steigen die Kosten – denn wer lange nichts investiert, zahlt später drauf.

Blick über den Tellerrand:

Bundesland	Justizbudget	Pro-Kopf-Ausgaben
Hessen	1,4 Mrd. €	220 €
Bayern	2,1 Mrd. €	240 €
NRW	3,0 Mrd. €	270 €

Die Folgen sind spürbar: langsame Verfahren, veraltete Software, überfordertes Personal. Nicht nur für die Justiz ein Problem – sondern für alle, die Gerechtigkeit suchen.

Warum ist die Justiz politisch so unattraktiv?

Ehrlich gesagt: Die Justiz macht nur Schlagzeilen, wenn etwas schiefgeht. Die Polizei ist beliebter, weil man ihre Arbeit direkt sieht. Soziale Themen gehen die Leute persönlich an. Die Justiz? Die arbeitet still im Hintergrund – bis plötzlich ein Straftäter zu früh aus dem Gefängnis kommt oder ein Prozess ewig dauert. Dann ist das Geschrei groß.

Die Kollegen in der Justiz bringen es auf den Punkt: „Wir hängen mit alter Technik fest, während Kriminelle mit KI tricksen, die neuer ist als unsere Software.“ Wenn die Justiz nicht mithalten kann, wird sie nicht nur langsamer, sondern auch unwichtiger für die Politik.

Was muss sich ändern? Drei zentrale Forderungen:

1. Mehr Geld für Digitalisierung. Ohne moderne Technik bleiben Verfahren träge und fehleranfällig.
2. Klarheit bei Ausgaben: Auch Beraterkosten müssen im Haushalt transparent ausgewiesen werden.
3. Bessere Personalplanung. Neue Stellen helfen nur, wenn sie auch besetzt und gehalten werden.

Was haben Bürger davon?

Schnellere Verfahren, bessere Betreuung von Opfern, weniger Rückfälle im Strafvollzug – kurz: ein spürbar funktionierender Rechtsstaat.

Eine starke Justiz ist kein Luxus – sie ist lebenswichtig

Wer Recht sprechen will, braucht Personal, Technik und Räume. All das kostet Geld – und zwar jetzt, nicht erst, wenn das System knirscht. Hessen läuft Gefahr, an der falschen Stelle zu sparen.

Die nächste Haushaltsdebatte wird zeigen, ob die Justiz weiterhin im Schatten bleibt – oder endlich die Aufmerksamkeit bekommt, die sie verdient.

Und Sie? Was denken Sie:

- Braucht die Justiz mehr Geld – oder sind Schulen, Pflege & Polizei wichtiger?
- Haben Sie selbst schon Erfahrungen mit langsamen Verfahren gemacht?

Schreiben Sie uns: redaktion@djg-lv-hessen.de

Wenn Wertschätzung zur Verschiebungsmasse wird

Hessens Beamte als Spardose der Landesregierung

Die hessische Landesregierung hat wieder einmal bewiesen, dass Wertschätzung für ihre Beamten reine Interpretationssache ist. Die für den 1. August 2025 geplante Besoldungserhöhung von 5,5 Prozent wurde kurzerhand in den Dezember verschoben. Offizielle Begründung: Der Haushalt gibt es nicht her. Tatsächliche Begründung: Es ist einfach bequemer, zuerst an denen zu sparen, die nicht weglaufen können.

So sieht Vertrauen nicht aus: Nach der jahrelangen Verzögerung einer fairen Bezahlung wird nun auch noch die Besoldungserhöhung verschoben – ein weiteres Signal, das den Justizbeamten zeigt, wie wenig Wertschätzung ihnen politisch entgegengebracht wird. Das Vertrauen ist damit endgültig verspielt.

Natürlich, die Kassen sind leer. Man kennt das Lied: Wirtschaftliche Unsicherheiten, Inflation,

globale Krisen – alles sind gute Argumente, wenn es darum geht, Verpflichtungen nach hinten zu schieben. Blöd nur, dass das Verwaltungsgericht obendrein vor längerer Zeit schon festgestellt hat, dass die Besoldung verfassungswidrig ist. Doch anstatt endlich das Problem zu lösen, wird es lieber vertagt – mit der Hoffnung, dass sich der Frust der Betroffenen bis Dezember in Luft auflöst.

Was ist mit den Diäten?

Eine Erhöhung der Beamtenbesoldung ist in der aktuellen Lage angeblich nicht tragbar – aber wie sieht es mit den Diäten der Landtagsabgeordneten aus? Wäre es nicht ein starkes Signal der Solidarität, wenn man auch hier eine Anpassung aussetzt?

Denn wenn der Staat sparen muss, dann doch bitte an der richtigen Stelle. Aber nein, während die Beamtinnen und Beamten in Hessen weiter auf eine gerechte Bezahlung warten, steigen die Diäten der Abgeordneten in gewohnter Regelmäßigkeit.

Konstruktive Vorschläge zur Rettung der Staatskasse (und des Beamtenmuts)



Da die hessische Regierung offensichtlich noch Inspiration benötigt, hier einige Vorschläge zur nachhaltigen Haushaltsentlastung:

- Diäten-Moratorium: Statt die Beamten zu belasten, könnten die Landtagsabgeordneten ein Zeichen setzen und für die nächsten zwei Jahre auf ihre Diätenerhöhung verzichten. Eine bescheidene Geste, die das "Wir sitzen alle im selben Boot"-Narrativ glaubwürdig machen würde.
- Effizienzcheck in Ministerien: Vielleicht lohnt sich ein Blick darauf, wo in der Verwaltung unnötige Doppelstrukturen oder fragwürdige Berateraufträge bestehen. Womöglich lassen sich hier Millionen einsparen, ohne dass Polizisten, Lehrer, Sozialarbeiter und Verwaltungsbeamte dafür bluten müssen.
- Transparenzinitiative: Wie wäre es mit einer vollständigen Offenlegung der Haushaltsausgaben? Die Bürger und die Betroffenen könnten so selbst nachvollziehen, ob tatsächlich kein Geld da ist oder ob sich die Prioritäten einfach verschoben haben.
- Zielgerichtete Investitionen: Eine angemessene Bezahlung der Beamten ist keine Verschwendung, sondern eine Investition in einen funktionierenden Staat. Schlecht bezahlte und frustrierte Beamte sind auf Dauer die wahre Gefahr für den Haushalt, denn Motivation und Qualität leiden darunter massiv.

Ob es dazu kommt? Wohl kaum. Stattdessen werden sich Hessens Beamte wohl weiterhin in der Kaffeeküche darüber austauschen, wie oft ihnen der Wert ihrer Arbeit abgesprochen wird – bis zur nächsten Wahl, versteht sich.

Koalitionsvertrag: Abschaffung der 8 Stundenwoche

Warum die ausschließliche Wochenarbeitszeit problematisch ist

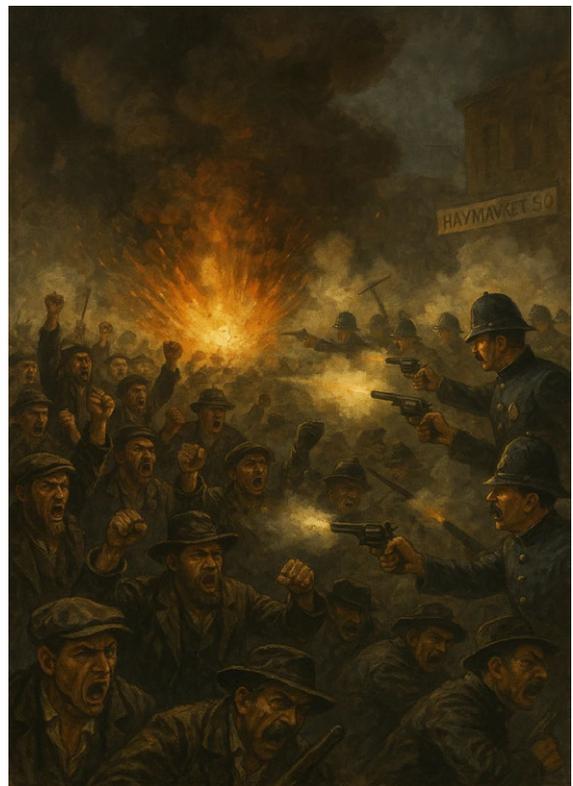
Die Idee, statt eines starren Acht-Stunden-Tages nur noch eine Wochenarbeitszeit von beispielsweise 40 Stunden vorzusehen, mag auf den ersten Blick mehr Flexibilität und Eigenverantwortung versprechen. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass gerade das Fehlen klarer Tagesstrukturen zu einer Reihe unerwünschter Effekte führen kann. Mitarbeitende verlieren schneller das Gespür für Pausen und Feierabend, da sich die noch offenen Stunden oft unbemerkt bis zum Werktagsende aufstauen. Gegen Ende der Woche entstehen dann regelmäßig Marathon-Arbeitstage von zehn bis zwölf Stunden, die Erschöpfung und sinkende Konzentrationsfähigkeit nach sich ziehen.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Termin- und Schichtplanung in Teams: Wer hat wann Kapazitäten für Meetings oder Kundenbesuche? Ohne einheitliche Kernarbeitszeiten steigt der Abstimmungsaufwand enorm, und Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen lassen sich nur schwer koordinieren. Zudem wird es für Führungskräfte komplizierter, Leistung transparent zu messen – Tageslimits dienten bislang als einfache Richtschnur, die nun einer schwankenden Wochenbilanz weicht.

Auch der bürokratische Aufwand sollte nicht unterschätzt werden. Personalabteilungen müssen jetzt nicht mehr nur täglich, sondern wochenweise Unter- und Überstunden überwachen, Gleitzeitkonten pflegen und Genehmigungen erteilen – eine Aufgabe, die nicht selten bis ins Wochenende hineinreicht. Parallel dazu steigt das Risiko ungesunder Arbeitszeiten: Manche Kolleginnen und Kollegen beginnen ihren Tag erst spät oder arbeiten bis tief in den Abend hinein, was auf Dauer negative Auswirkungen auf Schlafrhythmus und soziale Teilhabe haben kann.

Ein Blick in die Geschichte mahnt zur Vorsicht: Beim berühmten **Haymarket Riot** in Chicago am 4. Mai 1886 kämpften Arbeiter zeitlebens für den geregelten Acht-Stunden-Tag. Nach einer Explosion und blutigen Auseinandersetzungen wurden mehrere Anführer verhaftet und zum Tode verurteilt – erst Jahre später erfolgte ihre posthume Rehabilitierung. Dieses Ereignis verdeutlicht, dass die tägliche Arbeitszeit nicht nur eine betriebliche Angelegenheit ist, sondern **ein hart erstrittenes Grundrecht**, für das Menschen unter Einsatz ihres Lebens einstanden.

Statt das tägliche Stundenlimit vollständig aufzugeben, würde sich eine Kombination aus einer Regelarbeit (z.B. 9:00 – 14:00 Uhr) und gleitenden Anfangs- und Endzeiten (z.B. von 05:30 bis 20:30 Uhr) als sinnvoller Kompromiss besser eignen. So bleibt der Feierabend erkennbar, gleichzeitig erlaubt man individuelle Anpassungen und erhält die klare Struktur, für die Generationen von Beschäftigten einst hart gekämpft haben.



Beamte in die Rentenversicherung?

Warum einfache Lösungen oft nicht funktionieren



Immer wieder wird die Forderung laut: „Beamte sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – das wäre gerecht!“ Auf den ersten Blick klingt das nach einer plausiblen Idee. Doch wer genauer hinschaut, erkennt: Was sich wie ein Schritt zu mehr Gleichheit anhört, ist in Wahrheit eine Scheinlösung – und lenkt von den eigentlichen Problemen unseres Rentensystems ab.

Pensionen sind keine Privilegien – sondern Teil eines besonderen Dienstverhältnisses

Der Beamtenstatus bringt besondere Pflichten mit sich:

- ▶ Kein Streikrecht, obwohl dies für andere Arbeitnehmer ein zentrales Druckmittel ist.
- ▶ Höhere Mobilitätsanforderungen (Versetzungen im öffentlichen Interesse).
- ▶ Besondere Verantwortung (z.B. Polizisten im Kampf gegen Extremismus, Lehrer und Sozialarbeiter bei der Wertevermittlung).

Die Beamtenversorgung ist kein „Geschenk“, sondern Ausgleich für diese Besonderheiten. Eine pauschale Gleichstellung mit Angestellten würde diesen Systemgedanken ignorieren.

Warum die Rentenversicherung keine Lösung ist

Die vermeintlich einfache Lösung überzeugt bei näherer Betrachtung nicht:

- ◆ Finanziell ändert sich wenig: Der Staat müsste als Arbeitgeber die Beiträge weiter zahlen.
- ◆ Bürokratischer Aufwand: Die Umstellung wäre extrem komplex.
- ◆ Rechtliche Risiken: Der besondere Status von Beamten ist verfassungsrechtlich geschützt.

Was wir wirklich brauchen: Sachliche Debatten statt einfacher Parolen

Die Forderung nach Eingliederung in die Rentenversicherung entspringt oft einem berechtigten Wunsch nach Gerechtigkeit. Doch pauschale Gleichmacherei ist kein sinnvoller Weg. Stattdessen sollten wir:

- ✓ Alle Alterssicherungssysteme (Rente, Pension, private Vorsorge) gemeinsam betrachten.
- ✓ Nachhaltige Reformen entwickeln, die dem demografischen Wandel gerecht werden.
- ✓ Die besondere Rolle der Beamten in unserer Gesellschaft anerkennen.

Komplexe Probleme verlangen differenzierte Antworten

Unser Rentensystem steht vor großen Aufgaben. Diese lassen sich nicht durch pauschale Umstellungen lösen, sondern nur durch sorgfältige Reformen. Die Beamtenversorgung ist dabei Teil eines größeren Puzzles – eines, das wir nur als Ganzes sinnvoll gestalten können.

Was denken Sie? Wie könnte eine faire Altersvorsorge für alle Berufsgruppen aussehen, die Unterschiede berücksichtigt ohne ungerecht zu sein?

Tarifpolitik trifft Tradition – BTK-Tagung in Eisenach



Vom 15. bis 17. Mai 2025 tagte die Bundestarifkommission (BTK) in historischer Kulisse: In der Wartburgstadt Eisenach kamen Vertreterinnen und Vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen, um wichtige Weichenstellungen für die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst zu diskutieren. Die DJG-Hessen wurde durch **Marcel Kirchrath**, dem frischgewählten stv. Landesvorsitzenden für Tarifangelegenheiten, vertreten.

Im Penta Hotel Eisenach stand vor allem ein Thema im Mittelpunkt: die Ergebnisse der jüngsten Tarifverhandlungen des TVÖD. BTK-Vorsitzende Karen Altmann erläuterte anschaulich den Ablauf der Verhandlungen, stellte die beteiligten Gremien vor und ordnete die Ergebnisse in den Gesamtprozess ein. Besonders interessant war der Blick auf die Übertragbarkeit vieler Aspekte auf die hessischen Verhältnisse, auch wenn der Geltungsbereich des TV-H eher klein ist.

Im Anschluss richtete sich der Blick nach vorn: Für die kommenden TV-L-Verhandlungen wurden erste Forderungen formuliert – mit dem klaren Ziel, innovative und breit aufgestellte Impulse zu setzen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Tagung war die **Neuordnung der Ausbildung von Justizfachangestellten** – ein Thema, das nicht nur für die Nachwuchssicherung entscheidend ist, sondern auch viel Sachverstand erfordert. Hier ist besonders der engagierte Einsatz unserer **DJG-Hessen-Vertreterin Manuela Schwarz** hervorzuheben. Sie hat sich in zahlreichen Fachgesprächen in Bonn aktiv eingebracht und mit ihrem Fachwissen und ihrer Beharrlichkeit einen entscheidenden Beitrag zum Fortschritt der Reform geleistet. Ihre Rolle war dabei weit mehr als begleitend – sie hat an zentraler Stelle mitgestaltet und wichtige Impulse gesetzt, die nun in die Neuordnung einfließen werden.

Gemeinsam mit Karen Altmann, die ebenfalls an den Gesprächen beteiligt war, konnten somit auch auf Bundesebene wichtige Akzente gesetzt werden – ein starkes Zeichen für die gute Vernetzung und den Einsatz aus Hessen.

Natürlich kam auch der kollegiale Austausch nicht zu kurz: Am Abend des ersten Sitzungstags ging es gemeinsam in die Altstadt von Eisenach, wo Geschichte und Geselligkeit aufeinandertreffen. Bei einem Spaziergang durch die Gassen konnten Gespräche vertieft und neue Kontakte geknüpft werden – ganz im Sinne eines starken Miteinanders.

Die Sitzung in Eisenach hat gezeigt: Gute Tarifpolitik lebt vom Engagement Einzelner – und vom gemeinsamen Willen, etwas zu bewegen.



Martin Luther



Johann Sebastian Bach

Austausch über Ausbildung und Digitalisierung



Vom 12. bis 14. Mai 2025 trafen sich Wachtmeisterinnen und Wachtmeister aus allen Bundesländern zur Fachbereichstagung in Königslutter. Im Mittelpunkt standen der fachliche Austausch sowie aktuelle Entwicklungen rund um Ausbildung und Arbeitsalltag im Justizdienst.

Ein zentrales Thema war die Ausbildungssituation. Aus Nordrhein-Westfalen wurde berichtet, dass die Ausbildung dort aktuell 18 Monate umfasst. Perspektivisch soll der Beruf zu einem vollwertigen Ausbildungsberuf mit einer zweijährigen Ausbildungsdauer weiterentwickelt werden. „Wir brauchen eine Ausbildung, die die Anforderungen des Berufs realistisch abbildet und jungen Menschen Perspektiven bietet“, betonte ein Teilnehmer aus NRW. „Die Aufgaben sind komplexer geworden – das sollte sich auch in der Qualifikation widerspiegeln.“ Zum Vergleich: In Hessen sieht das derzeitige Ausbildungsmodell eine sechsmonatige Probezeit sowie einen zehnwöchigen Lehrgang vor.

Damit unterscheiden sich die beiden Länder erheblich sowohl in den Strukturen, als auch in der Gesamtdauer.

Auch aus anderen Bundesländern wurden Einblicke gegeben. So berichteten Vertreter aus dem Saarland, dass bei der Digitalisierung von Archivakten zunehmend studentische Hilfskräfte zum Einsatz kommen.

Am Rande wurden auch Fragen zur dienstlichen Ausrüstung diskutiert. Dabei ging es unter anderem um eine Änderung bei den Handfesseln.

Die Tagung bot unserem Landesverband eine wichtige Plattform, um Herausforderungen und Lösungsansätze im Justizwachtmeisterdienst länderübergreifend zu diskutieren.

BJA mit Weichenstellung für die Zukunft



Bei strahlendem Sommerwetter trafen sich die Mitglieder der Jungen Deutschen Justiz-Gewerkschaft zum diesjährigen Bundesjugendausschuss in Nürnberg. Der Auftakt am Anreisetag verlief entspannt: Beim geselligen Beisammensein im Biergarten konnten sich die Teilnehmenden austauschen, bevor es am nächsten Tag inhaltlich zur Sache ging.

Engagement und Visionen: Die Jugend gestaltet mit
Im modernen Ambiente der Nürnberger Versicherung präsentierten die Landesverbände ihre

aktuellen Projekte und formulierten klare Erwartungen an die Zukunft. Ein zentraler Wunsch: Die Bundesjugendleitung soll die Verbände vor Ort besuchen und sie bei Bedarf aktiv in der Jugendarbeit unterstützen. Diesem Anliegen will die Bundesjugendleitung nun mit konkreten Terminen Nachdruck verleihen.

Workshop mit politischer Sprengkraft

Highlight der Veranstaltung war der Workshop „Die Jugend im System der Justiz“, der in interaktiven Arbeitsgruppen brennende Themen der jungen Justizmitarbeiter aufgriff.

Drei Schwerpunkte standen im Fokus:

- E-Akte & Work-Life-Balance –
Wie vereinbart sich die Digitalisierung der Justiz mit einem gesunden Berufsleben?
- Aus- und Weiterbildung –
Wo hakt es in der Ausbildung, und wie kann sie zukunftsfest gemacht werden?
- Gesundheitsmanagement –
Was brauchen junge Justizmitarbeiter, um im stressigen Berufsalltag mental und physisch fit zu bleiben?

Die erarbeiteten Fragen mündeten nun in eine bundesweite Umfrage, deren Ergebnisse der DJG-Bundesvorstand als politische Forderungen auf höchster Ebene einbringen wird.



Ein starkes Signal für die Jugend

„Der Ausschuss war geprägt von Zusammenhalt, Kreativität und lösungsorientiertem Denken“, resümierte die Bundesjugendleitung.

Mit dem Beschluss, die Anliegen der Jugend nun gezielt in die Politik zu tragen, setzt die Junge DJG ein klares Zeichen: Die nächste Generation will nicht nur mitreden – sondern die Justiz von morgen aktiv mitgestalten.

Grußwort-Gate

„Grußwortgate – Die geheimen Akten des Wahlkreis-Warmredners“

Es begann – wie so viele Skandale – mit einem harmlosen Brief. Der Verein „Freunde der *Gott sei Dank Bank*“ plante seine Jubiläumsfeier. Dreißig Jahre Sitzgelegenheiten für alle – das musste gefeiert werden! Also schrieben sie höflich an die Lokalprominenz: Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, einen Minister auf Verdacht – eben die üblichen Grußwort-Lieferanten. Man stellte sich schon das große Kino vor: Blitzlichtgewitter, gerührte Reden, vielleicht ein spontanes Selfie mit dem Minister beim Sektempfang.



Und siehe da: Kaum war die Mail raus, lieferten die Politiker ab wie Amazon Prime am Black Friday. 16 Anfragen, 16 Zusagen. Innerhalb von Stunden. Einer schrieb sogar: „Ein Ereignis von solcher Strahlkraft verdient höchste politische Aufmerksamkeit – ich komme auf jeden Fall!“

Wow. Das Wahlvolk fühlte sich plötzlich richtig umarmt. Doch dann kam... die Wahl.

Es war ein Sonntagabend, als die Wahllokale schlossen. Die Demokratie hatte gesprochen. Mandate wurden verteilt wie Gummibärchen im Kindergarten – und plötzlich wurde es still. Beunruhigend still.

Der Verein mailte nach. Einmal höflich. Dann freundlich-bestimmt. Dann mit Caps Lock. Doch die einst so redseligen Politiker hatten sich in Luft aufgelöst. Einzig ein Fax kam durch, wahrscheinlich aus dem 90er-Jahre-Archiv irgendeines Abgeordnetenbüros: „Leider anderweitig verhindert. Mit besten Grüßen.“

Mehr nicht. Kein „Sorry“, kein „Gruß an die Bank-Freunde“. Nur Funkstille, Terminabsagen und der mysteriöse Verweis auf „unaufschiebbare Verpflichtungen“. Insider sprechen von einer geheimen Versammlung der „Vereinigung der Verschwundenen Volksvertreter“ – Beweisfotos gibt es keine.

Der große Tag – und kein einziger Politiker da.

Aber: Der Verein hatte gelernt. Statt beleidigt zu schmollen, entstaubte man kurzerhand einen lebensgroßen Pappaufsteller des Bürgermeisters. Der wurde mit Bluetooth-Box und eingesprochenem Grußwort aus dem Vorjahr kombiniert. Kam gut an. Einer der Gäste meinte sogar: „So zuverlässig war er noch nie.“

Der Hausmeister hielt eine flammende Rede zur Würde der Sitzgelegenheit. Zwei Vorstandsmitglieder improvisierten einen Sketch über „politisches Zeitmanagement“. Und am Buffet wurde wild diskutiert: „Warum laden wir die überhaupt noch ein?“

So oder auch ähnlich hätte es sich auch bei unserem kürzlich durchgeführten Gewerkschaftstag zutragen können, wenn wir auf die eine oder andere Partei gesetzt hätten.

Danke!

Wir freuen uns sehr, dass Herr Staatsminister Heinz, Frau Barth (SPD), Frau Schardt-Sauer (FDP), Bürgermeister Wysocki und Heini Schmitt (dbb Hessen) den Weg zu uns gefunden haben.

Unser besonderer Dank gilt allen Gastrednern und Gästen, die durch ihre Anwesenheit diesen Tag zu etwas Besonderem gemacht haben.

Power, Infos & Netzwerken:



FRAUEN - VERANSTALTUNG 2025

Wann? Montag, 27.10.2025 | 10:00 – 15:30 Uhr

Wo? Amtsgericht Gießen, Gutfleischstraße 1

**„Starke Frauen – starke Themen!
Unser Tag für dich!“**

- ⇒ **Eröffnung & Begrüßung** – Der Startschuss für einen starken Tag!
- ⇒ **Versorgungsrecht in Hessen** – Alles zu Teilzeit & Beurlaubung mit Sonja Waldschmidt,
- ⇒ **Vorsorgewerk des DBB** – Jennifer Lopez Perez (Swiss Life Select) klärt über Versorgungslücken - auch im Tarifbereich - auf,
- ⇒ **Bericht des Landesvorstands** – Manuela Schwarz mit aktuellen Infos,
- ⇒ **Eure Fragen, Ideen & Diskussionen.**

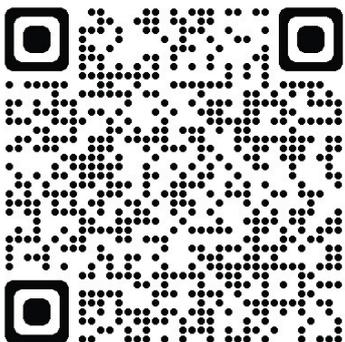


neuer Landesvorstand

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft Landesverband Hessen e. V.



Petra Mauler Salvatore Giampapa Silke Gölzenleuchter Thomas Laux Erwin Schmidt Marcel Kirchrath Manuela Schwarz



Herausgeber:

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft LV Hessen e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:

Erwin Schmidt
1. Landesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Riedmühlstraße 25
61184 Karben, redaktion@djg-lv-hessen.de

Redaktion/Layout:

DJG-Landesvorstand,
S. Gölzenleuchter

Bildmaterial/Illustrationen:

S. Gölzenleuchter, M. Schwarz, E. Schmidt, P.
Mauler, D. Barkanowitz, Pixabay, KI (DALL E 3)

Autoren:

Erwin Schmidt (ES)
Manuela Schwarz (MS)
Marcel Kirchrath (MK)
Petra Mauler (PM)
Silke Gölzenleuchter (SG)
Tim Sudheimer (TS)

DJG
HESSEN
DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT